

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Montag (Nachmittag), 2. September 2019 / Lundi après-midi, 2 septembre 2019

Grosser Rat / Grand Conseil

5 2018.RRGR.740 Motion 280-2018 Köpfli (Bern, glp)

Mehr echte Debatten statt reines Ablesen im Grossen Rat

5 2018.RRGR.740 Motion 280-2018 Köpfli (Berne, pvl)

Vivifier les débats en salle du Grand Conseil

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 5, nachdem wir das Traktandum 4 vorhin abgesetzt haben. Es handelt sich um eine Motion von Grossrat Köpfli: «Mehr echte Debatten statt reines Ablesen im Grossen Rat». Moment! (*Kurzer Unterbruch / Courte interruption*)

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Ich hatte zuerst vor, mit einem Skript zu reden, dachte mir aber, dass ich doch darauf verzichte. Worum geht es mir mit meinem Vorstoss? – Mit meinem Vorstoss geht es mir darum, dass ich das Gefühl habe, für Zuschauerinnen und Zuschauer sei es extrem langweilig; die Leute gehen nicht aufeinander ein, sie lesen einfach ab. Das ist denn auch das Feedback, das ich immer wieder erhalte, wenn ich Leute frage, die dem Grossen Rat zugesehen haben. Ich habe tatsächlich das Gefühl, es gebe wenige echte Debatten und wenig echten Austausch bei uns im Grossen Rat. Es geht noch weiter: Es kommt regelmässig vor, dass ein Motionär oder eine Antragstellerin dem Regierungsrat vom Rednerpult aus eine Frage stellt. Eigentlich ist es sehr oft so, dass nicht einmal darauf eingegangen wird, nicht einmal vom Regierungsrat oder von Antragstellerinnen und Antragstellern. Ich finde, das Parlament sollte nicht nur aus einem abgelesenen Protokoll bestehen, sondern es sollte möglichst auch zu einer tatsächlichen Diskussion und manchmal vielleicht sogar zu einer Meinungsbildung kommen. Ich habe das Gefühl, es gebe Beispiele aus anderen Ländern, wo die Ratsdebatten viel dynamischer sind als bei uns. Ob mein Vorschlag jetzt das beste Mittel ist – ich habe mich dabei am nationalen Parlament orientiert und bin offen; vielleicht gibt es bessere. Ich denke einfach, für die Zuschauerinnen und Zuschauer, seien es Journalistinnen und Journalisten oder zum Beispiel Schulklassen, wäre es wichtig, damit sie mehr davon mitbekommen, wie die Politik läuft, wie man einen Kampf um das bessere Argument führt, und nicht, indem Sachen eigentlich abgelesen werden, die man auch auf den Homepages der Parteien nachsehen könnte. Ich habe jetzt gesagt, man sollte jedem Parlamentarier, der gesprochen hat, eine Nachfrage stellen können. Ich gebe zu, das wäre eine weitreichende Änderung. Ich denke, es wäre zumindest schön, wenn man bei jemandem, der eine Motion stellt, oder beim Regierungsrat nachfragen könnte. Ich denke, jemand, der etwas verändern will, mit einer Motion oder mit einem Postulat, sollte dies auch vertreten und auf kritische Nachfragen hin verteidigen können. Beim Regierungsrat kann es – wenn man die Geschäfte einbringt – nicht sein, dass man oft als Einzelsprecher nochmals sagen muss: «Meine Frage wurde nun doch nicht beantwortet!» Es wäre wirklich schön, man erhielte eine direkte Antwort. Zudem ist es auch nicht dasselbe, wenn der Regierungsrat vielleicht eine Viertelstunde später auf eine Frage eingeht, die zuvor in einem Fraktionsvotum gestellt wurde, oder wenn er das direkt tun muss. Ob die Frage tatsächlich beantwortet ist, ist nämlich viel klarer ersichtlich, wenn direkt eine Antwort gegeben wird.

Wir haben es in der Antwort oder auch in der Motion der Kollegin Ammann (*M 267-2018*) gesehen, dass der Regierungsrat selbst bei schriftlichen Interpellationen oder Anfragen oft gar nicht auf die Fragen eingeht. Im Parlament, finde ich, ist es noch extremer. Ich denke, es wäre auch wirklich eine Chance für uns, wenn wir eine Veränderung hinkriegten. Ich bin sehr gespannt auf die Debatte. Je nachdem, wie die Debatte verläuft, bin ich durchaus offen, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln, damit man einfach im Sinne meines Vorstosses prüft, wie man die Debatte angenehmer gestalten kann. Ich denke, eine Ratsdebatte sollte für eine Schulklasse keine Zumutung sein, wenn sie zusehen kommt, sondern sie sollte etwas sein, das sie für die Politik begeistert. Ich denke, mit einer solchen Änderung des Ratsreglements könnten wir viel dazu beitragen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Präsident. Wünscht jemand der doch sehr heterogenen Gruppe der Mitmotionäre das Wort? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann gebe ich zuerst dem Sprecher des Büros ... Doch, als Mitmotionär Ruedi Löffel.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich spreche auch gleich als Fraktionssprecher; dies als Beitrag zur Ratseffizienz. In der Begründung unseres Vorstosses ist kurz und präzise beschrieben, was wir erreichen wollen. Die Details – Michael Köpfli hat es jetzt bereits angetönt – könnten wir bei der Beratung der Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) noch regeln. Uns allen hier erging es sicher schon so, dass wir uns bei einem Votum fragten: «Hä, was will sie jetzt damit sagen?», oder etwa auch: «Wer hat ihm nun das wohl geschrieben?» Ich bin überzeugt, dass solche Situationen und solche Debatten ab und an interessanter würden, wenn wir die Möglichkeit hätten, eine Rückfrage zu stellen. Dies gerade auch bei Voten von Regierungsmitgliedern, die manchmal, nach meinem Gusto, übermässig lang sind und vielleicht mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben. Ich fände es für uns als Parlament sehr wertvoll und durchaus interessant, wenn wir präzise Rückfragen stellen könnten.

Ich bin schon etwas länger hier. Ich erinnere mich noch an die Zeiten, als es die Fragestunde gab. Für mich war es immer eines der Highlights der Session, wenn man präzise Rückfragen stellen konnte und die Regierungsmitglieder spontan antworten mussten. Ich finde, dies trüge, falls wir den Vorstoss so überweisen, zur Belebung, zur Attraktivierung der Debatte bei. Mich dünkt, die Einschränkungen, die wir bei der letzten GO-Änderung gemacht haben, seien ein bisschen zu weit gegangen, und es wäre gut, wenn wir uns selbst etwas mehr Rechte gäben. Dies hier ist eine Möglichkeit dazu. Die Mehrheit der EVP unterstützt diesen Vorstoss.

Präsident. Jetzt gebe ich das Wort dem Vizepräsidenten Stefan Costa als Sprecher des Büros, das dieses Geschäft behandelt hat.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident, Sprecher des Büros des Grossen Rates. Das Büro hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt, hat auch die Lage beim Bund angeschaut und dabei in erster Linie festgestellt, dass die Redemöglichkeiten auf eidgenössischer Ebene natürlich weniger ausgeprägt sind als hier auf kantonaler Ebene. Hier kann man im Vergleich zum Bund verhältnismässig lang sprechen. Aber dies ist nur die eine Seite, welche das Büro angeschaut hat. Wir haben eben, wie gesagt, abgewogen, ob diese Änderung, die Möglichkeit der Fragestellung, einen politischen Mehrwert bringt, oder ob sie einfach der Verlängerung der Debatte dient. Wir haben uns auch die Effizienzfrage gestellt. Ruedi Löffel hat vorhin begonnen mit «kurz und präzise». Das Büro fand dann, es sehe keinen relevanten Mehrwert, wenn man das Instrument der Frage einführt. Nochmals: Bei uns sind die Redemöglichkeiten relativ grosszügig ausgestaltet. Deswegen empfiehlt oder beantragt Ihnen das Büro, diesen Vorstoss abzulehnen. Die Form des Postulats haben wir im Büro nicht diskutiert.

Präsident. Für die Fraktion BDP: Monika Gygax.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Diese Motion sagt schon sehr viel in ihrem Titel und lehnt sich insbesondere an die Debattenform im nationalen Parlament an. Speziell ist dort – wir wissen es –, dass kurze und präzise Nachfragen nach Voten von Parlamentariern und auch Bundesräten möglich sind. Wir konnten es lesen: Das Büro des Grossen Rates lehnt diesen Vorstoss ab, und zwar mit der Begründung, dass diese zwei Debattenformen eben nur sehr beschränkt miteinander verglichen werden können. Ich glaube, wir Mitglieder des Grossen Rates haben viele Möglichkeiten, viel mehr Möglichkeiten zu reden, wenn auch die Redezeiten je nach Geschäft und Debattenform unterschiedlich sind: Bei wichtigen Geschäften im Grossen Rat können schier alle das Wort ergreifen. Damit haben wir alle ja beste Erfahrungen gemacht und wissen, wie lang eine solche Rednerliste sein kann und wie lange es jeweils dauert, bis der Präsident die Rednerliste schliesst. Unsere Fraktion teilt die Ansicht, dass ein Vergleich mit dem nationalen Parlament nicht einfach herangezogen werden kann und dass unsere Voraussetzungen, um zu reden, anders und in dieser Form breitgefächelter und die Möglichkeiten, zu Wort zu kommen, deshalb auch viel grösser sind. Ob unsere Debatten mit Zwischenfragen wohl interessanter und gehaltvoller würden? – Ein Fragezeichen darf man hinter diesen Satz bestimmt setzen. Anders wäre es, wenn – wie in anderen Parlamenten, die ich durch verschiedene Besuche in anderen Kantonen bereits kennenlernte – bei einem Thema nicht jede Fraktion zu Wort kommt. Es gibt Kantonsparlamente, in denen die anderen

Fraktionen, welche dieselbe Meinung vertreten, nicht auch noch ans Rednerpult treten, um dasselbe, aber in anderen Worten zu sagen, wenn eine Fraktion ein Thema bereits ablehnend oder unterstützend vertreten hat. Eine Zwischen- und eine Ergänzungsfrage können so vielleicht noch etwas Lebhaftigkeit hineinbringen. Aber eben: Wir haben ein anderes System. Deshalb sieht die BDP hier keinen Handlungsbedarf und lehnt diesen Vorstoss beinahe einstimmig ab. Danke, wenn Sie dies auch tun, und danke fürs Zuhören!

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Dies ist ein erfrischender Vorstoss! Wenn man sich vorstellt, wie es hier drin ablaufen müsste, wenn wir so debattierten – ich denke, das wäre schon speziell. Ich glaube, dass jedes Parlament seine Kultur hat und seine Art, wie es mit den Geschäften umgehen will. Innerhalb der SVP diskutierten wir relativ lange über dieses Thema und konnten auch eine gewisse Sympathie für diesen Vorstoss entwickeln. Wenn man es dann auf die Effizienz des Rates umlegt und sich die Frage stellt, wie es ablaufen sollte, wie es sich mit den sogenannten Debatten, die frei sind, verhielte, und wie man die GO gestalten müsste, damit man die gleiche Effizienz hätte, kommen wir grossmehrheitlich zum Schluss, dass wir diesen Vorstoss als Motion ablehnen. Es gibt einige von uns, die sich enthalten, aber auch einige, die zustimmen werden. Über die Wandlung in ein Postulat haben wir nicht diskutiert. Ich könnte mir aber vorstellen, dass in unserer Fraktion dafür noch mehr Sympathien vorhanden wären. Danke.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Urs Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Die SP-PSA-JUSO-Fraktion unterstützt diese Motion. In der Tat ist es heute schwierig, bei dieser Online-Konkurrenz, die hier im Rat herrscht – jedermann arbeitet nämlich –, lebendige und gehaltvolle Debatten zu führen; es ist schwierig, auf einander einzugehen. Wir haben das Gefühl, es wäre wichtig, dass man ein solches Instrument, um Zwischenfragen zu stellen, erhält. Zusätzlich würden sich die Mitglieder unserer Fraktion freuen, solche Fragen zu beantworten, weil sie ja immer noch viele gute Argumente im Köcher haben. Allenfalls müsste man darüber nachdenken, ob es verboten sein sollte, dass jemand aus derselben Fraktion eine Frage stellt, damit es keine rein rhetorischen Fragen sind. Grundsätzlich unterstützen wir dieses Anliegen. Danke.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Die FDP lehnt diese Vorlage grossmehrheitlich ab, wahrscheinlich in etwa mit dem gleichen Verhältnis wie gemäss dem Vorredner die SVP. Ich weiss nicht, welche Meinung oder welches Abstimmungsverhalten wir bei Umwandlung in ein Postulat haben werden. Bisher wurde, nebst der guten Begründung des Ratsvizepräsidenten, noch nicht gesagt, dass im nationalen Parlament die Frage doch oft missbraucht wird, um eine Redezeitverlängerung hinzukriegen. Wir sehen es natürlich nicht so, dass diese missbraucht werden sollte. Ebenfalls sind wir alle der Meinung, die Effizienzfrage und die Möglichkeiten des Redens seien bei uns anders als im nationalen Parlament. Wir sind wirklich der Meinung, dass es sich so bewährt hat. Früher war es der Fall, beziehungsweise noch jetzt, dass wenn irgendjemand im Rahmen seines Votums eine Frage stellte, der Betroffene manchmal gleichwohl noch das Wort erhielt. Deshalb lehnen wir diese Motion ab. Falls jetzt noch jemand eine Frage an mich hat, kann er mich anrufen, rasch bei mir vorbeikommen, mir eine E-Mail schreiben oder eine WhatsApp-Nachricht schreiben. Danke.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Lieber Carlos Reinhard, es macht eben einen Unterschied, ob man eine Frage hinter den Kulissen beantwortet oder vor dem Rednerpult, am Mikrofon, während alle zuhören und es am nächsten Tag in die Zeitung schreiben können. Hätte es das Instrument der Nachfrage bereits heute gegeben, hätte ich Sie und Ihre Kollegen gerne gefragt, weshalb man eigentlich den Vorstoss zum Mehrweggeschirr (*PI/IP 103-2019*) unbedingt erst nach den nächsten Wahlen behandeln will. Aber, wie gesagt, ich darf diese Frage ja nicht stellen! (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich möchte hier am Rednerpult auch nicht die Argumente wiederholen, welche bereits genannt wurden. Ich möchte einfach Transparenz herstellen. Bei uns in der grünen Fraktion gingen die Meinungen darüber auseinander, ob dieses neue Element, das es im Nationalrat seit zwanzig Jahren gibt, wirklich nötig ist und ob es sinnvoll ist. Bei uns gibt es Stimmen, die nachher wohl dagegen stimmen werden. Dies auch unter dem Eindruck der chronischen Zeitnot, die wir hier mittlerweile haben. Allerdings müsste man dazu auch sagen, dass diese Zeitnot auch ein wenig selbstverschuldet ist, wegen der gestrichenen fünften Session, welche nicht mehr stattfindet. Ein Teil der Fraktion war in den Beratungen noch unentschieden. Vielleicht können dieser durch eine echte und überzeugende Debatte für eine Zustimmung oder Ablehnung gewonnen werden, sodass es nicht mehr viele Enthaltungen

geben wird. Eine knappe relative Mehrheit der Fraktion will der Motion aber zustimmen. Dies aus verschiedenen Gründen, die alle bereits genannt wurden.

Ich möchte noch einen zusätzlichen Grund anfügen, den wir, so glaube ich, bisher noch nicht gehört haben. Um gut nachfragen zu können, muss man zuvor gut zuhören. Dies ist, wie ich den Eindruck habe, heute ziemlich gut der Fall, das heisst, dass heute gut zugehört wird, aber vielleicht ist dies einfach zu Beginn der Session so. Wer auf allfällige Nachfragen gefasst sein und gute Antworten geben können will, tut gut daran, gut zuzuhören. Aus meiner Sicht ist dies eigentlich eine wertvolle Nebenwirkung, vielleicht sogar der zentrale Mehrwert, den diese Neuerung hätte, nämlich, dass wir hier in diesem Saal wieder besser zuhören und in der Diskussion auch aufeinander eingehen.

Vielleicht könnten wir uns dies auch als Vorsatz fassen, unabhängig davon, ob wir diese Motion annehmen oder ablehnen. Wenn wir schon bei guten Vorsätzen sind: Ich fände es auch gut, wenn man die anwesenden Mitglieder des Regierungsrates weniger in persönliche Gespräche einbezüge und ihnen so verunmöglicht, gut zuzuhören. Man sollte sie mehr zuhören lassen, um mit dem neuen Instrument am Ende einer Debatte Fragen zu einzelnen, bereits zuvor gestellten Fragen zu stellen, die sie aber nicht beantwortet haben.

Ich möchte nachträglich noch eine kleine Bemerkung machen: Es ist interessant, wie die «Zwischenfrage», so heisst sie im Nationalrat, dort eingeführt wurde. Es gab auch eine Motion, die dann als Postulat überwiesen wurde. Danach wurde auf Befehl des Büros hin das neue Element während einer Versuchsphase von anderthalb Jahren erst mal ausprobiert, bevor man es in den Rechtsgrundlagen verankerte. Interessant war: Nach dieser Probephase von anderthalb Jahren kam das Büro zum Schluss – ich zitiere –, «dass sich das neue Instrument bewährt hat und selten missbraucht wird. Die Zwischenfragen lockern die starre Sprechordnung auf und tragen zur Belebung der Ratsdebatte bei.» Dies war das Fazit vor zwanzig Jahren im Nationalrat. Das könnten wir hier doch auch einmal ausprobieren!

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Aus Effizienzgründen, angesichts unseres Sessionsprogramms, sage ich auch gleich zum Traktandum 6 sowie zum vorliegenden, dass sich die EDU-Fraktion der Haltung des Büros anschliesst und beide Vorstösse ablehnen wird. Wir haben es gehört: Unser System ist nicht vergleichbar mit jenem des Bundes. Dieser hat eine ganz andere Regelung. Wir haben hier ausgedehnte, freie Debattenmöglichkeiten. Obwohl es eigentlich ein interessanter Vorschlag ist, stellen wir doch das Kosten-Nutzen-Verhältnis sehr infrage, dahingehend, ob hier bei den Beratungen etwas anderes resultieren würde.

Einfach noch zum Zeitbudget: All jene, die über eine Verlängerung um eine dritte Sessionswoche oder um zusätzliche Abendsessionen jammern, müssten sich hier die Frage stellen, ob wir hier wirklich länger diskutieren wollen. Die Debatten sollen vorwiegend in den Kommissionen geführt werden, und dafür wurden diese auch geschaffen. Deshalb lehnt die EDU-Fraktion diese Motion sowie auch die nachfolgende ab.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden, zuerst zu Mohamed Hamdaoui.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (PDC). Je vous invite à soutenir cette proposition parce que je pense qu'elle peut vraiment améliorer un peu la qualité de nos débats parlementaires et, je vous en donne un exemple précis et d'actualité : Dans quelques jours on va devoir débattre de ces motions qui proposent un moratoire sur la 5G. J'avoue que, malgré tous les mails que j'ai reçus, je fais encore partie des indécis. Je ne sais pas, ce jour-là, sur quel bouton je vais presser. J'ai envie d'écouter ce débat, mais j'aimerais aussi pouvoir disposer de la possibilité, le cas échéant, de pouvoir poser publiquement une question précise aux auteurs de ces motions. De pouvoir, le cas échéant, poser publiquement une question à quelqu'un qui viendrait avec un argument nouveau. Ou de pouvoir, le cas échéant, publiquement poser une question aux responsables de cette question au sein du Gouvernement cantonal.

Actuellement, on n'a pas la possibilité de faire cela. Mais nous sommes là pour voter en notre âme et, surtout en notre conscience, en ayant le droit, au début d'un débat, d'avoir des doutes et des incertitudes qu'on pourrait lever justement dans le cadre de nos débats. Donc je pense vraiment que cette nouveauté permettrait d'améliorer la qualité de nos débats. Je le répète : ceci sera une possibilité, et non pas une obligation. Il ne faudrait pas l'utiliser comme une arme pour monopoliser les débats, pour faire preuve d'obstruction. Je vous invite vraiment à soutenir cette proposition. De grâce, chères collègues, n'ayons pas peur des débats publics, n'ayons pas peur de la démocratie ! Merci.

Ursula Zymbach, Spiez (SP). Wir heissen Parlament, und das bedeutet, hier soll gesprochen werden. Wenn ich auf die Jahre zurückblicke, die ich hier drin zusammen mit Ihnen oder mit anderen aus Ihren Parteien verbringen durfte, dann dünkt es mich, dass aus den Diskussionen, die wir hatten, wenn jemand nach vorne ging und spontan redete, wenn wir aufeinander eingingen, eigentlich immer die besseren Lösungen für den Kanton Bern entstanden. Ginge es um Effizienz, hätten wir Super-Instrumente. Sie kennen diese alle: Es gibt verschiedene Internet-Befragungsmöglichkeiten, bei welchen Ja oder Nein geklickt werden kann; Sie haben alle Ihre Vorlagen und wissen genau, zu welchen Sie Ja oder Nein sagen. Dies ist aber nicht die Idee, wenn wir den Kanton Bern wirklich weiterbringen wollen. Es wäre schön, wenn man hier aufeinander einging, einander zuhörte und einander Fragen stellen dürfte.

Ich erinnere daran: Der Kanton Bern hat Freundschaften und pflegt immer wieder den Austausch mit anderen kantonalen Parlamenten. Für mich ist unvergesslich, wie man in Liestal, wo wir waren, auf kleinerem Raum als hier beieinandersitzt, einander wirklich zuhört, einander auch Fragen stellt und somit auch Klarheit erhält, in welche Richtung ein Geschäft entwickelt werden soll. Haben wir doch den Mut zu freien Debatten, dazu, einander mehr Fragen zu stellen, um diese nicht im Nachgang per WhatsApp oder per Zeitung zu stellen, sondern direkt hier, wo man die Antworten erhält und diese auch in die Abstimmung einfließen. Stimmen wir dieser Motion so zu.

Reto Müller, Langenthal (SP). Ich habe eine Zwischenfrage an den Initianten Köpfli. Er hat in seinem Votum, soweit ich zugehört habe, gesagt, die Regierungsmitglieder sollen Zwischenfragen beantworten. Diesbezüglich nimmt mich wunder, wie die Regierung dies tun kann, ohne gegen das Kollegialitätsprinzip zu verstossen. Danke! (*Heiterkeit / Hilarité*)

Präsident. Gibt es keine weiteren Einzelsprechenden? – Dann gebe ich dem Motionär, Michael Köpfli, nochmals das Wort.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Ich danke für diese angeregte Debatte. Ich hatte auch das Gefühl, es sei überdurchschnittlich gut zugehört worden. Ich danke insbesondere Bruno Vanoni für die Recherche darüber, wie es der Bund gemacht hat. Ich denke, gerade eine solche versuchsweise Einführung wäre vielleicht auch etwas für den Kanton Bern. Die Angst, wie sie verschiedentlich geäußert wurde, dass dieses Instrument missbraucht werden kann, erachte ich aus zwei Gründen als nicht unbedingt so begründet, respektive in unserer Verantwortung. Erstens haben wir, so glaube ich, im Grossen Rat eine andere Kultur als sie im Nationalrat vorherrscht, sodass wir dieses Instrument nicht missbrauchen würden. Zweitens haben wir einen sehr hohen Respekt vor dem Ratspräsidium. Ich bin überzeugt: Es würde hier drin akzeptiert, wenn der Ratspräsident oder die Ratspräsidentin abklemmen würde, weil es reine Obstruktion wäre, oder wenn statt einer Frage ein zweites Votum gehalten würde. Wäre es ein Vorstoss an den Regierungsrat, würde ich ihn nicht wandeln, sondern sagen: «Ein Postulat bringt sowieso nichts, er will ja nicht!» Es ist jetzt aber so, dass das Postulat ans Büro ginge, dem Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen angehören. Wenn jetzt hoffentlich eine deutliche Mehrheit für ein Postulat stimmt, gehe ich deshalb eigentlich davon aus, dass man sagt: Man will einfach das Ratsreglement so anpassen, dass mehr Debatte möglich ist, und nicht nochmals denselben Bericht vorgelegt erhalten wie jetzt, wobei gesagt würde, dass sie dies nicht wollten. Stattdessen würden tatsächlich Lösungen gesucht, wie beispielsweise eine versuchsweise Einführung oder auch eine Beschränkung auf Fragen an die Motionäre, Antragsteller oder an die Regierung, anstatt auch jeder Sprecherin und jedem Sprecher Fragen stellen zu können.

Bevor ich es vergesse, natürlich noch zur Frage von Reto Müller: Ich habe nicht das Gefühl, dass dies ein Problem ist. Denn oft sind die Nachfragen fachliche Fragen zur Vorlage oder zu Auswirkungen auf ein anderes Geschäft. Dazu kann der Regierungsrat sehr wohl Stellung nehmen. Er tut dies denn auch sonst in öffentlichen Diskussionen. Nicht zuletzt ist es so, dass eine gewisse Führungsverantwortung des Regierungsrates wichtig ist, wie ich denke. Ich bin überzeugt, dass die meisten Fragen sehr gut beantwortet werden könnten, ohne dabei das Kollegialitätsprinzip zu verletzen, weil diese Dinge ja hoffentlich bereits ausführlich von der Regierung behandelt wurden. In diesem Sinn danke ich vielmals für die Unterstützung.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Diese Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Wer das Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dieses ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.740; als Postulat)
Vote (Affaire 2018.RRGR.740 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 87

Nein / Non 62

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben dieses Postulat angenommen, mit 87 Ja- gegen 62 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.